

## **Unsere Fragen an die Landtagskandidatinnen und -kandidaten des Münchner Nordens und deren Antworten:**

### **Angeschrieben wurden:**

**Dr. Alexander Dietrich (CSU)**

**Benjamin Adjei (Die Grünen)**

**Diana Stachowitz (SPD)**

**Linus Springer (Freie Wähler)**

**Veronika Kahl (ÖDP)**

**Felix Meyer (FDP)**

**hat nicht geantwortet**

### **Frage 1:**

Seit mehreren Jahren laufen Pläne der Landeshauptstadt München (LHM) den Münchner Norden großflächig zu überbauen und dabei das Instrument der „Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ (SEM) anzuwenden.

Nach Beurteilung der Umweltverbände sind 95% dieser Fläche als schützenswert einzustufen. Auch das Agrarstrukturgutachten der LHM kommt zu dem Schluss, dass diese Flächen für Landwirtschaft und Gemüseanbau zu erhalten sind.

Wie stehen Sie zu den Gutachten, sowie zum Erhalt der Landwirtschaft im Münchner Norden?

Was ist Ihre Meinung zur Bebauung des Münchner Nordens (24. Stadtbezirk) und zur „SEM-München-Nord“?

### **Dr. Alexander Dietrich (CSU):**

Sowohl meine Partei, die CSU, als auch ich persönlich als örtlicher Direktkandidat für den Landtag lehnen die SEM entschieden ab. Sie haben mit mir einen engen Verbündeten in Ihrem Engagement gegen die SEM.

1. Ich halte die SEM als Instrument grundsätzlich für ungeeignet, da nach meiner Überzeugung eine vernünftige Stadtentwicklung nur in Kooperation mit den Eigentümern und den Menschen vor Ort gelingen kann. Es braucht Dialog und Beteiligung statt Zwangsmaßnahmen wie das Einfrieren von Bodenwerten oder gar Enteignungen, die ich entschieden ablehne.

2. Die SEM würde in ihrer geplanten Dimension den Stadtbezirk und die Menschen vor Ort überfordern. Bereits jetzt gibt es im 24. Stadtbezirk große Siedlungsentwicklungen.

Die Bebauungsgebiete Hochmuttinger Straße, Ratold-, Raheinstraße, Lerchenauer Feld und Eggarten stellen den Stadtbezirk schon jetzt vor große Herausforderungen und ungelöste Probleme. Es gibt kein vernünftiges Verkehrskonzept und die Schulen haben schon heute zu wenige Kapazitäten.

3. Die große Bedeutung der landwirtschaftlichen Flächen für die regionale Lebensmittelproduktion sowie den Klima- und Artenschutz wird mit dem Agrarstrukturgutachten für den Münchner Norden und der Freiraumstudie von Bund Naturschutz (BN) und Landesbund für Vogelschutz(LBV) bestätigt. Durch die SEM ist die Existenz vieler landwirtschaftlicher Betriebe und Gärtnereien gefährdet. Zudem gehört die Fläche zum großen Teil einem regionalen Grünzug an und leistet somit einen wichtigen Beitrag für das Stadtklima.

Der dringender Bedarf von Wohnungen wird immer als Argument für die SEM angeführt. Dass wir zusätzliche Wohnungen benötigen, ist zweifellos richtig. Dazu braucht es aber kreative Ideen, wie das Überbauen von Parkplätzen oder die Aufstockung bestehender Gebäude. Da liegt noch viel ungenutztes Potenzial.

Zusammengefasst halte ich die SEM in Feldmoching gerade in Zeiten des Klimawandels und der zunehmenden Bedeutung einer regionalen Lebensmittelversorgung für einen fatalen Irrweg der grün-roten Stadtratsmehrheit, der so schnell wie möglich beendet werden muss.

### **Benjamin Adjai (Die Grünen):**

Als Stimmkreisabgeordneter setze ich mich auch weiterhin für den Erhalt der Grünflächen im Münchner Norden ein und lehne die geplante SEM München-Nord ab. Eine großflächige Bebauung hat nicht nur Auswirkungen auf die Menschen im Münchner Norden, sondern auf die gesamte Stadt. Die Ergebnisse des Agrarstrukturellen Gutachtens des Bauernverbandes und des Naturschutz-Gutachtens von LBV und Bund Naturschutz sind hier klar und eindeutig: Der Grüngürtel ist und bleibt wertvoll und muss möglichst erhalten bleiben. Ich persönlich will die Naturflächen, die Grünflächen und natürlich auch die landwirtschaftlichen Flächen deshalb weiterhin bewahren und die regionale Lebensmittelversorgung erhalten. Die von allen Seiten aufgestellte Forderung nach regionalen Lebensmitteln ist sinnlos, wenn wir die regionale Landwirtschaft durch Bebauung zerstören. Das betroffene Gebiet ist Erholungsraum, Frischluftschneise, Naturraum und Versorgungsraum für die gesamte Stadt München. Mein Ziel ist deshalb so wenig neue Versiegelung wie möglich.

### **Diana Stachowitz (SPD):**

Die Landwirtschaft gehört traditionell zum Münchner Norden. Angesichts der rasant wachsenden Bevölkerungszahl Münchens sind schwerwiegende Interessengegensätze, wie der, zwischen dem Erhalt landwirtschaftlicher Flächen und der Schaffung neuer urbaner Infrastruktur nicht zu vermeiden.

München wächst und die Infrastruktur muss mit der Bevölkerung mitwachsen, wenn wir weiter in einer lebenswerten Stadt leben wollen. Deshalb befürworte ich die Ausbaupläne für den Münchner Norden und die „SEM-München-Nord“.

### Linus Springer (Freie Wähler):

Das Gutachten zum Erhalt der Landwirtschaft im Münchner Norden und die Beurteilung der Umweltverbände zeigen auf, dass die letzten Grün- und Freiflächen in München unbedingt zu schützen sind. Gerade vor dem Hintergrund der Regionalität der Lebensmittelproduktion nehmen die Betriebe im Münchner Norden eine gewichtige Rolle ein. Eine Bebauung der Freiflächen darf daher nicht leichtfertig und gegen den ausdrücklichen Rat der Umweltverbände geschehen, sondern ist nur da angebracht, wo sie mit der örtlichen Ökologie vereinbar sind. Dies gilt natürlich auch für den Münchner Norden, weshalb vor allem das Ausmaß der „SEM-München-Nord“ dringend hinterfragt werden sollte.

### Veronika Kahl (ÖDP):

Die Ergebnisse der Gutachten kann ich aus eigener Erfahrung. Meiner Meinung nach ist das Potential aus Sicht des Klimaschutzes und der Stadtentwicklung verantwortbarer Bebauung im Münchner Norden weitgehend ausgeschöpft. Die SEM im Münchner Norden wie übrigens auch die SEM München Nordost lehne ich kategorisch ab.

### Frage 2

a) Wie ist Ihre Einstellung zum Wachstum der Stadt München und dem damit verbundenen Flächenverbrauch?

### Dr. Alexander Dietrich (CSU):

München ist eine Wachstumsregion und wird es auch bleiben. Wir brauchen auch weiterhin ein vernünftiges Wirtschaftswachstum, um unseren Wohlstand zu erhalten. Wir können den Zuzug nicht aufhalten, aber wir müssen ihn vernünftig steuern. Bei der Schaffung zusätzlichen Wohnraums müssen wir deshalb darauf achten, so wenige Flächen wie möglich zu verbrauchen. Deshalb sollte künftig Neubau vor allem dort erfolgen, wo Flächen bereits bebaut oder versiegelt sind, z. B. auf Parkplätzen. Unser Grün-, Naherholungs- und landwirtschaftliche Flächen müssen wir schon wegen der notwendigen Anpassung an die Klimaerwärmung zwingend erhalten.

### Diana Stachowitz (SPD):

München wird weiter wachsen, unabhängig davon wie wir das finden. Das zu ignorieren und den Ausbau von Schulen, Straßen, Parks, Schienen usw. zu verschlafen, wird die Lebensqualität der Stadt für alle verschlechtern. Selbstverständlich müssen wir dabei, die Flächen so effizient wie möglich nutzen.

### Linus Springer (Freie Wähler):

München ist eine attraktive Stadt, die viele Menschen anzieht und ihnen alles bietet, was man für ein erfülltes Leben benötigt. Dass sie von daher wächst, ist erst einmal ein gutes Zeichen. Allerdings darf das Wachstum der Landeshauptstadt nicht dazu führen, dass vorhandene Grün- und Freiflächen aufgebraucht werden. Denn so büßt die Stadt zum

einen an Lebensqualität ein, zum anderen werden die Ziele des Klima- und Umweltschutzes mit Füßen getreten.

Veronika Kahl (ÖDP):

Die ÖDP sieht Wachstum kritisch. Auf einem endlichen Planeten kann es kein dauerhaftes Wachstum geben. Was im großen nicht funktioniert ist im kleinen ein riesiges Problem. Praktisch alle wichtigen Ressourcen, Energie, Lebensmittel, Flächen, Arbeitskräfte etc. werden in München zur teuren Mangelware. Da Flächen nicht importiert werden können ist der Mangel hier am deutlichsten. Wir brauchen einen Wachstumsstopp.

**b)** Mit den derzeitigen Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung wird ein zwingendes Wachstum der Städte und Metropolregionen begründet. Demgegenüber stehen massive Abwanderungen in anderen Regionen. Die verstärkte Nutzung von Homeoffice in vielen Branchen und die damit verbundene weitgehende räumliche Unabhängigkeit des Wohnortes vom Sitz des Arbeitgebers ist in den Prognosen nach unserem Kenntnisstand nicht berücksichtigt.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um strukturschwache Regionen zu stärken und so den Zuzugsdruck auf die Metropolregionen zu reduzieren?

Dr. Alexander Dietrich (CSU):

Die Stärkung strukturschwacher Regionen und die Begrenzung der Abwanderung sind schon seit vielen Jahren ein Kernelement der Politik der CSU. Zur Beantwortung erlaube ich mir deshalb, aus dem aktuellen Regierungsprogramm zu zitieren

(Quelle:

[https://www.csu.de/common/download/Beschlussversion\\_Regierungsprogramm\\_Fuer\\_einstarkesundstabilesBayern\\_InBayernlebtessicheinfachbesser-mitDeckblatt.pdf](https://www.csu.de/common/download/Beschlussversion_Regierungsprogramm_Fuer_einstarkesundstabilesBayern_InBayernlebtessicheinfachbesser-mitDeckblatt.pdf))

"Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern sichern: Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Heimatstrategie als „Offensive.Heimat.Bayern 2025“ erfolgreich weiterentwickelt. Wir werden sie an die Herausforderungen anpassen und fortführen. Wir setzen dies in den nächsten Jahren um. Daneben wollen wir die erfolgreichen Behördenverlagerungen fortsetzen. Bis 2030 wollen wir mit fast 100 Verlagerungsprojekten weit über 5.000 Arbeitsplätze und 1.330 Studienplätze in den ländlichen Raum bringen.

Das Land und die Menschen zu Gewinnern der Digitalisierung machen: Wir wollen die digitale Erschließung Bayerns vollenden. Dazu werden wir mit der neuen Bayerischen Gigabitrichtlinie in Bayern als erster Region in Europa die Beschleunigung von Anschlüssen in grauen Flecken fördern, also an Orten, wo bereits schnelles Internet verfügbar ist. Nach Abschluss aller Maßnahmen werden über 99 % der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet erschlossen sein. Gemeinsam mit den Netzanbietern und den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung wollen wir das Mobilfunknetz weiter verbessern und Lücken schließen."

Diana Stachowitz (SPD):

Die Urbanisierung ist ein globaler Trend, der sich auch durch mobiles Arbeiten nicht umkehren lassen wird.

Öffentliche Investitionen in Strukturschwache Regionen ist eine Gerechtigkeitsfrage. Sanierte Schwimmbäder und gut ausgestatte Schulen müssen der Standard in ganz Bayern sein.

### Linus Springer (Freie Wähler):

Der Zuzugsdruck auf eine Metropolregion wie München lässt sich nur verringern, wenn die Attraktivität des ländlichen Raumes erhöht wird. Es muss deshalb gewährleistet werden, dass die Vorteile der Stadt im Vergleich zu denen auf dem Land nicht mehr so stark ins Gewicht fallen. Dazu zählen der Infrastrukturausbau beim ÖPNV, flächendeckendes Internet sowie eine wohnortnahe Grundversorgung.

### Veronika Kahl (ÖDP):

Home Office, 49 Euro Ticket und Behördenverlagerungen sind richtige Schritte um strukturschwache Regionen zu stärken. Am effizientesten war es aber in der Vergangenheit in der Region Bildungseinrichtungen wie Hochschulen und berufliche Bildungsstätten zu schaffen. Arbeitgeber siedeln sich in deren Umfeld an, junge Menschen lernen sich dort kennen und gründen eine Familie. Plakativ könnte man daher sagen die Lehrstühle müssen raus aus München nach Oberfranken.

c) Die Schaffung ganzer, neuer Stadtviertel, wie sie München derzeit nicht nur plant sondern bereits realisiert, verstärkt, nach unserer Überzeugung, die oben beschriebene Entwicklung vehement und bewirkt noch mehr Zuzug in die Stadt.

Teilen Sie diese Auffassung?

Wenn ja, welche Möglichkeiten sehen Sie, dem entgegenzuwirken?

### Dr. Alexander Dietrich (CSU):

Die Möglichkeiten weiterer, ganz neuer Stadtviertel halte ich auf dem Stadtgebiet weitestgehend für ausgeschöpft. Die SEM in Feldmoching und im Nord-Osten lehne ich ab. Größere Siedlungsgebiete im Großraum München lassen sich, wenn überhaupt, nur gemeinsam mit den umliegenden Gemeinden und Landkreisen entwickeln. Zuvor müssen aber alle Maßnahmen zum Bauen im Bestand oder zum Überbauen bereits versiegelter Flächen genutzt werden. Insofern nehme ich auf Initiative der CSU-Stadtratsfraktion vom 26.06.2023 Bezug: <https://csu-stadtrat-muenchen.de/muenchen-setzt-einen-drauf-csu-fw-fordern-kampagne-zur-aufstockung-von-wohngebaeuden/>

### Diana Stachowitz (SPD):

Nein.

### Linus Springer (Freie Wähler):

Die Stadt München hat es seit geraumer Zeit versäumt, ausreichend Wohnraum für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, vor allem natürlich im bezahlbaren Segment. Auch aktuell erreicht die Stadt nicht die Kennzahlen, die nötig wären, um aus dem Wohnungsmarkt Druck zu nehmen. Die Planung neuer Wohnungen ist daher aus meiner Sicht nur eine verspätete Reaktion darauf, die leider nötig ist. Der Zuzugsdruck wird sich durch mehr oder weniger neue Wohnungen nämlich nicht verändern, sondern nur durch attraktive und gleichwertige Lebensbedingungen auch auf dem Land.

### Veronika Kahl (ÖDP):

Der Zuzug genauso wie die täglichen Pendlerströme nach München zeigen ein Missverhältnis zwischen „zu wenig“ Wohnraum und „zu vielen“ Arbeitsplätzen an. Bei allein 400 000 Einpendlern am Tag wird klar, dass durch Bauen an dem Missverhältnis rein gar nicht verändert werden kann. Stattdessen dürfen wir keine neuen Gewerbeflächen mit zusätzlichen Arbeitsplätzen um den Sog nach München nicht noch weiter zu steigern.

### Benjamin Adjei (Die Grünen):

(zu Frage 2 a-c)

Die Stadt München ist die bereits am stärksten versiegelte Stadt Deutschlands. Entsprechend wichtig ist es die weitere Versiegelung zu begrenzen.

Eine wichtige (landespolitische) Maßnahme sehe ich darin, für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern zu sorgen. So kann einerseits der Zuzug in die Stadt München reduziert werden und andererseits das regelrechte Ausbluten von manchen strukturschwachen Regionen in Bayern verhindert werden.

Das Wachstum der Stadt München wird sich politisch jedoch nicht gänzlich verhindern lassen. Entsprechend wichtig ist es bereits versiegelte Flächen so zu nutzen, wie es einer Großstadt wie München angemessen ist. Hier sehe ich noch einiges an Potential, beispielsweise bei Gebieten wie dem Euroindustriepark mit seinen riesigen ebenerdigen Parkplätzen.

### Frage 3

Der Münchner Stadtrat hat das Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten“ übernommen, für das über 60 000 Münchnerinnen und Münchner unterschrieben hatten. Dabei hat sich der Stadtrat verpflichtet, dass „Allgemeine Grünflächen“ erhalten werden. Mittlerweile gab es ca. 20 Entscheidungen zu diesem Thema und in allen Fällen hat sich der Stadtrat entschlossen, diese Flächen weiter zu überplanen und zu bebauen.

Wie ist Ihre Meinung zum Bürgerbegehren?

Wie beurteilen Sie die Entscheidungen des Münchner Stadtrates in diesem Zusammenhang?

**Dr. Alexander Dietrich (CSU):**

Die erfolgreiche Übernahme des Bürgerbegehrens durch den Stadtrat geht maßgeblich auf eine Initiative der CSU Stadtratsfraktion zurück (<https://csu-stadtrat-muenchen.de/stadtrat-staerkt-die-bedeutung-von-gruenflaechen/>). Da ich die von Ihnen angesprochenen Entscheidungen nicht kenne, bitte ich um Verständnis, dass ich keine Auskunft geben kann, ob und welche Entscheidungen mit den Stimmen der CSU getroffen wurden. Ich kann und möchte die Entscheidungen des Stadtrates deshalb auch nicht kommentieren.

**Benjamin Adjei (Die Grünen):**

Ich unterstütze das Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten“ und begrüße, dass die Grüne Stadtratsfraktion durchsetzen konnte, die Ziele des Bürgerbegehrens vollständig zu übernehmen. Vom Münchner Stadtrat erwarte ich nun, sich auch für eine konsequente Umsetzung der Ziele des Bürgerbegehrens einzusetzen und das Bürgerbegehren bei Entscheidungen zu berücksichtigen.

**Diana Stachowitz (SPD):**

München braucht Grünflächen für das Wohlbefinden der Stadtbevölkerung. Besonders jetzt, wo es immer heißer wird, steigt die Bedeutung der Grünflächen. Deshalb setzt sich die Münchner SPD auch seit Jahren erfolgreich für den Ausbau ein: In den letzten Jahren sind 60 neue öffentliche Grünflächen in der Stadt entstanden.

Eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung wägt zwischen den verschiedenen legitimen Interessen der Stadtbevölkerung (bezahlbarer Wohnraum, Schulen, ÖPNV, Grünflächen, usw.) ab und fällt keine Pauschalurteile.

Die Übernahme des Bürgerbegehrens durch die Mehrheit der Parteien im Stadtrat ist jedoch ein Täuschungsmanöver. Sie werden dem Bürgerbegehren nicht gerecht werden können.

**Linus Springer (Freie Wähler):**

Bürgerbegehren sind ein wichtiges Instrument der Bürgerinnen und Bürger, um auf die Entscheidungen der Stadt einzuwirken und ihre Politik mitzugestalten. Das Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten“ schützt dabei die in München noch vorhandenen, dringend benötigten Freiflächen und ist daher zu begrüßen. Dass der Stadtrat sich dabei nicht an die Ziele des von ihm angenommenen Begehrens hält, muss kritisch hinterfragt werden, damit Bürgerbegehren auch in Zukunft ihre Funktionsweise erhalten können.

**Veronika Kahl (ÖDP):**

Als vehemente Unterstützerin des Bürgerbegehrens „Grünflächen erhalten“ bin ich sehr verärgert über das Verhalten des Stadtrates. Das Bürgerbegehren wäre eine große Chance gewesen, die Lebensqualität der Stadt zu erhalten. Stattdessen wissen wir nun, dass Grünen, SPD, CSU und FDP Bebauung wichtiger ist als Frischluftschneisen, Naherholung und Artenvielfalt. Der Bürgerwille und Demokratie nicht geschätzt werden, wissen wir schon seit den Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle“, „Sauba sog i“ und den „Radentscheiden“.

#### **Frage 4**

Was halten Sie davon, die Ziele des Münchner Bürgerbegehrens, „Grünflächen erhalten“, auf Bayern auszudehnen und in eine verbindliche Verordnung zu wandeln?

#### **Dr. Alexander Dietrich (CSU):**

Ich glaube nicht, dass man die Ziele des Bürgerbegehrens, die für eine Großstadt entwickelt worden sind, eins zu eins auf das Flächenland Bayern übertragen kann.

#### **Benjamin Adjei (Die Grünen):**

Das Bürgerbegehren lässt sich meiner Einschätzung nach nicht einfach in Landesrecht übertragen, dem steht beispielsweise die Kommunale Selbstverwaltung im Wege. Um die Flächenversiegelung in Bayern zu verringern, haben wir Grüne im Landtag bereits mehrfach Gesetzesinitiativen gestartet und wollen das 5ha-Ziel für alle Kommunen verbindlich im Landesplanungsgesetz verankern. CSU und FW lehnen dies jedoch konsequent ab.

#### **Diana Stachowitz (SPD):**

Siehe Antworten zu Frage 3.

#### **Linus Springer (Freie Wähler):**

Prinzipiell muss es natürlich in ganz Bayern das Ziel sein, den Flächenverbrauch zu reduzieren und Grünflächen zu erhalten. Allerdings ist der Inhalt des Bürgerbegehrens „Grünflächen erhalten“ sehr auf München zugeschnitten, weshalb einige Elemente auf die Praktikabilität auch im ländlichen Raum überprüft werden müssten.

#### **Veronika Kahl (ÖDP):**

Die ÖDP treibt in mehreren bayerischen Städten momentan ähnliche Bürgerbegehren voran. Zuletzt erfolgreich in Nürnberg. Insofern würden wir eine bayernweite Verordnung sehr begrüßen. Um dem Bürgerbegehren in München Nachdruck zu verleihen, haben wir die Regierung von Oberbayern angerufen und eine Landtagspetition gestartet.



## **Frage 5**

Wie stehen Sie zur Forderung (Groß-)Bäume besser zu schützen -- „Baumrecht vor Baurecht“ ?

### **Dr. Alexander Dietrich (CSU):**

Mit der Baumschutzverordnung haben wir in München ein bewährtes und auch ausreichendes Instrument für den Baumschutz. Aus meiner jahrelangen Erfahrung im Bezirksausschuss weiß ich, dass die Verwaltung und die Bezirksausschüsse mit dem Thema Baumschutz sehr verantwortungsvoll umgehen. Leider können bei Baumaßnahmen Baumfällungen oft nicht verhindert werden. Hier ist es wichtig, auf ausreichende Ersatzpflanzungen zu achten.

### **Benjamin Adjei (Die Grünen):**

Großbäume haben in einer dichtbesiedelten Stadt wie München eine sehr wichtige Rolle und müssen entsprechend geschützt werden. Trotz der bestehenden Baumschutzverordnung sticht bislang jedoch meistens das Baurecht. Zur Stärkung von Kontrolle und Durchsetzung der Baumschutzverordnung müssen ausreichend städtische Personalkapazitäten geschaffen und Maßnahmen geprüft werden, wie die Baumschutzverordnung wirksamer gestaltet werden könnte. Außerdem sollte der Baumschutz mit einheitlichen, verbindlichen Vorgaben landesrechtlich verankert werden und das Baugesetzbuch angepasst werden.

### **Diana Stachowitz (SPD):**

Große Bäume sind schützenswert.

### **Linus Springer (Freie Wähler):**

Die Forderung ist zu unterstützen. Gerade gewachsene Baumstrukturen sind für die Stadt wichtig und dürfen nicht für Baurecht geopfert werden.

### **Veronika Kahl (ÖDP):**

Wir haben bereits mehrere Anträge im Münchner Stadtrat gestellt um den Baumschutz zu stärken. Ich werde mich im Landtag dafür einsetzen, dass „Baumrecht vor Baurecht“ gilt.

## **Frage 6**

### **Bürgerbeteiligung**

Wie stehen Sie zu einer Klagebefugnis der Bürger im Rahmen von Bebauungsplanverfahren?

Werden Sie Initiativen und Vereine unterstützen, das Petitionsverfahren des Landtages effizient zu nutzen?

**Dr. Alexander Dietrich (CSU):**

Für betroffene Bürgerinnen und Bürger gibt es bereits heute die Möglichkeit der Normenkontrollklage. Diese Rechtsschutzmöglichkeit halte ich auch für ausreichend. Bürgerbeteiligung muss in erster Linie im politischen Planungsprozess erfolgen und kann nicht auf das gerichtliche Verfahren verlagert werden. Aus meiner früheren Tätigkeit als Mitarbeiter der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag weiß ich, dass die Abgeordneten das Petitionsrecht sehr ernst nehmen und mit Petitionen verantwortungsvoll umgehen. Das soll auch für meine Tätigkeit als Abgeordneter gelten.

**Benjamin Adjei (Die Grünen):**

Bereits heute haben betroffene Anwohner\*innen die Möglichkeit gegen einen Bebauungsplan vorzugehen, wenn sie sich in ihrem Rechten eingeschränkt fühlen. Eine Ausweitung des Klagerechtes auf alle Bürger\*innen, ohne dass diese selbst betroffen sein müssen halte ich nicht für sinnvoll, da dies zu Klagewellen und damit einer Überlastung der Gerichte führen kann. Sofern Bürger\*innen die nicht direkt betroffen sind Probleme mit Umwelt- und Naturschutz sehen, besteht die Möglichkeit sich an Umweltverbände zu wenden, da diese selbst ein Klagerecht sowie die nötigen fachlichen Kompetenzen haben und somit ein mögliches Vorgehen entsprechend prüfen können.

In Bayern haben wir zudem ein sehr ausgeprägtes Petitionsrecht, das allen Menschen offen steht. Gerne unterstütze ich Personen und Verbände, wenn diese eine Petition zu einem berechtigten Anliegen einbringen wollen.

**Diana Stachowitz (SPD):**

Unsere Demokratie gibt den Bürgerinnen und Bürgern eine starke Stimme und das ist gut so. Gerade haben wir allerdings ein Problem Planungs- und Genehmigungsverfahren, die zu lange dauern. Wir müssen deshalb darauf achten, die Interessen Einzelner vernünftig mit den Interessen der Mehrheit abzuwägen.

Das Petitionsverfahren des Landtages ist eine wichtige Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger sich einzubringen und die Wahrung ihrer Rechte zu sichern. Ich unterstütze daher regelmäßig bei der Einreichung von Petitionen.

**Linus Springer (Freie Wähler):**

Es ist ein grundlegendes Recht und auch eine Pflicht der Bürgerinnen und Bürger, Entscheidungen der Politik zu hinterfragen und kritisch damit umzugehen, gerade wenn es um Entscheidungen in ihrer direkten Umgebung geht. Allerdings hat der, von den

Bürgerinnen und Bürgern gewählte, Stadtrat auch eine Befugnis zu Entscheidungen, die einigen Bürgerinnen und Bürgern nicht gefällt, weil er eben das Gesamtbild der Stadt im Blick hat. Die Wahl hat ihn schließlich dazu befähigt.

**Das Petitionsverfahren des Bayerischen Landtags ist ein Instrument, das allen Vereinen und Initiativen offensteht und von daher auch von diesen genutzt werden sollte, um ihre Meinung in den Diskurs einzubringen.**

### **Veronika Kahl (ÖDP):**

Eine Klagebefugnis hätte ich mir schon des öfteren gewünscht. Zum Beispiel um eine Bebauung des Eggarten zu verhindern. Leider können nur wenige Verbände zu einem eingeschränkten Themenkreis klagen. Das muss unbedingt geändert werden.

Wie ein Petitionsverfahren im Landtag abläuft, hängt häufig vom jeweiligen Vorsitzenden ab. Ich habe schon sehr gute aber auch sehr enttäuschende Verfahren miterlebt. Bürger und Vereine dürfen sich gerne an mich wenden, wenn sie Unterstützung brauchen.

### **Frage 7**

#### **Verkehr**

Welche Möglichkeiten sehen Sie, den ÖPNV-Ausbau voranzubringen?

Wie stehen Sie zu Straßenbauprojekten, z.B. dem Ausbau der A99 West und Ost?

### **Dr. Alexander Dietrich (CSU):**

Beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, würde ich mir manchmal den Mut wünschen, den frühere Generationen hatten. Wir müssen hier wieder größer denken und auch gewisse Risiken in Kauf nehmen. Für den Münchner Norden wünsche ich mir langfristig einen Weiterbau der U-Bahn-Linien U1 und U2 bzw. U26 im 24. Stadtbezirk. Kurz- bis mittelfristig müssen wir vor allem auf eine kontinuierliche Verbesserung des Busangebots setzen.

Wir brauchen eine leistungsfähige Autobahnumgehung für unsere Stadt, um so viel Durchgangsverkehr wie nur irgend möglich aus unseren Stadtbezirken heraus zu halten.

### **Benjamin Adjei (Die Grünen):**

Die Vergangenheit hat wieder und wieder gezeigt: Die mit dem Straßenausbau verbundene Hoffnung auf eine Auflockerung des Verkehrs wird nicht erfüllt. Mehr Straßen führen zu mehr Autoverkehr. Der Stau bleibt. Gleichzeitig bedeuten die jahrelangen Ausbauarbeiten der A99 eine erhebliche Belastung für den Verkehr. Deswegen unterstütze ich die Forderung des Bund Naturschutz nach einem sofortigen Ausbaustopp der A99. Das gilt auch für den geplanten Bau eines Autotunnels von BMW durchs Hasenberg als Anschluss an die A99.

Die Entlastung des Verkehrs in München kann nur über den Ausbau des ÖPNV gelingen. Wichtig sind hier vor allem zusätzliche Investitionen in die Außenäste des S-Bahnnetzes, weil ungefähr 90 Prozent der Probleme im derzeitigen System durch dortige Störungen entstehen. Zudem setze ich mich im Münchner Norden für die Ertüchtigung des Münchner Nordrings für den Personenverkehr ein.

### **Diana Stachowitz (SPD):**

Als Bayern SPD wollen wir jährlich eine Milliarde Euro in den Ausbau der Schieneninfrastruktur in Bayern investieren.

Wo nötig, muss auch die Straße ausgebaut werden.

### **Linus Springer (Freie Wähler):**

Der ÖPNV-Ausbau lässt sich durch vielfältige Maßnahmen voranbringen. Dazu gehören massive Investitionen in das Schienennetz, eine Bevorzugung der öffentlichen Verkehrsmittel gegenüber dem Individualverkehr durch z.B. eigene Spuren und Ampeln sowie Taktverstärkungen auf allen Linien. Allerdings, das muss in diesem Kontext auch erwähnt sein, der ÖPNV-Ausbau wird viel Geld kosten und es wird lange dauern, bis sich Investitionen in die Infrastruktur auch auszahlen. Das macht sie aber nicht weniger notwendig.

Prinzipiell stehe ich Straßenausbauprojekten skeptisch gegenüber, da sie immer Geld benötigen, das dem ÖPNV danach nicht mehr zur Verfügung steht. Allerdings sind Straßenausbauprojekte da sinnvoll, wo sie einen Raum erschließen, der mit dem ÖPNV nicht abgedeckt werden kann.

### **Veronika Kahl (ÖDP):**

Ein schneller ÖPNV Ausbau wäre wichtiger denn je. Leider ziehen sich die Vorhaben in München unglaublich in die Länge. Wir brauchen eine bessere Finanzierung durch den Freistaat und kürzere Bauzeiten.

Mehr Straßen schaffen mehr Verkehr. Gerade das Ausbau der A99 schafft auch während der Bauzeit extreme Belastungen für Anwohner. Der Verkehr verlagert sich in die angrenzenden Wohngebiete. Ich lehne daher den Ausbau ab. Alternative wäre eine bessere Verkehrsleitung und Nutzung der Standspur zu Stoßzeiten.